Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Foden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 134a. | Dresden, Sonntag den 15. Juni 1919. | 30. Jahrg.

Wissells Forderungen.

Ein bedeutungsvoller Tag.

Aus Weimar wird uns berichtet:

Selbstkritik und Kritik an der Nationalversammlung, an der Sozialdemokratischen Fraktion und an der Reichsregierung oder eine Flucht in die Oeffentlichkeit, so kann man die Rede überschreiben, die Genosse Wissell, der Reichswirtschaftsminister, am Sonnabend auf dem Parteitag hielt. Einen Schleier riß er von den Mißhelligkeiten im Kabinett, von der Verschiedenheit in den Auffassungen über Sozialisierung, wie sie auf der einen Seite von ihm, auf der andern Seite von einigen seiner sozialdemokratischen Kollegen im Kabinett aufgefaßt und angepackt oder nicht angepackt wird. Die Rolle, die Reaktion und Militarismus auch heute noch spielen, die große Entsittlichung aller Volksschichten, die tödlichen Gefahren, denen wir gegenüberstehen, unsre trostlosen, fast schon als Bankrott zu bezeichnenden Verhältnisse, die Notwendigkeit, dem Kapitalismus durch Einführung der Gemeinschaft endlich an den Lebensnerv zu gehen, die Scheindemokratie, in der wir jetzt leben, alles das deckte er mit erbarmungsloser Ehrlichkeit auf, so daß Scheidemann durch einen Zuruf gegen diese ihm wohl schädlich erscheinende Offenheit Einspruch erhob. Wissell ließ sich hierdurch nicht beirren, sondern schloß seinen Vortrag mit einem Appell an die Partei, der Regierung den Rücken zu stärken, damit jeder faule Sozialisierungskompromiß verhindert, andernfalls das Bürgertum gezwungen werde, die Regierung und die Verantwortung allein zu übernehmen.

Ein Diskussionsredner nannte diese mit Spannung angehörte und von starkem Beifall begleitete Rede den Höhepunkt des Parteitags, was nicht verhinderte, daß Wissells Kollegen, Dr. David und Schmidt, sich nunmehr gegen ihn wandten und ihre entgegengesetzte Auffassung über die nächsten Möglichkeiten der Sozialisierung darlegten. Wie Löbe in seinem Schluß sehr richtig ausführte, können diese unerträglichen Gegensätze nicht vom Parteitag geklärt werden; hier wird das Reichskabinett das übrige zu besorgen haben, und weiter auch die Sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung, der ja außer Wissell, David, Schmidt und Scheidemann noch drei Reichsminister angehören. Daher hätten sich die gereizten persönlichen Bemerkungen, die Wissell nach Löbes Schlußwort noch mit seinen beiden Kollegen auszutauschen gezwungen wurde, erübrigt.

Die Anregung, diese Sozialisierungsdebatte als Parteibroschüre herauszugeben, wurde zwar abgelehnt, aber ein Antrag Braun fand Annahme, der sich mit Wissells Anschauungen deckt, so daß dieser doch wieder bis auf weiteres die Palme des Erfolges in der Hand hielt.

Ob demnächst sein Ministersessel frei wird oder andre neu besetzt werden, das ist noch abzuwarten. Von den vielen Anträgen, die sonst noch angenommen wurden, sei nur erwähnt eine Entschließung über die unerträglichen Zustände im Baltenland, wo Deutsche gegen Esten und Letten kämpften, der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe und ein scharfer Protest gegen die Mißwirtschaft, die das Reichsschatzamt einreißen läßt, indem es dem Kapitalismus freie Hand gibt, auf Kosten der Entwicklung zur reichseinziger Regierung.

Die Wahl des Parteivorstands ergab, daß die alten Genossen wiedergewählt wurden, darunter die Minister Scheidemann und Braun, der letztere anstatt Noske, den in den Vorstand zu entsenden, wie wir gestern mitgeteilt hatten, von einigen Genossen angeregt worden war. Zu Beisitzern gewählt sind Richter, Frank und Genossin Ryneck; denn nach dem neuen Parteistatut müssen von nun an zwei Frauen im Vorstand der Partei sein, statt der einen bisher. Mit dem großzügigen Bericht Dr. Sinzheimers über das Rätesystem, bekam dieser bedeutungsvolle Tag einen weihevollen Abschluß.

Die künftige Getreidebewirtschaftung.

Berlin, 14. Juni. Durch die Presse gehen widersprechende Nachrichten über die Gestaltung der künftigen Getreidebewirtschaftung. Zur Aufklärung wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt: Da die zuständigen Ausschüsse der Nationalversammlung mit der Sache sich noch nicht befaßt haben, kann noch gar nicht gesagt werden, inwieweit die Zwangswirtschaft abgebaut werden wird. Die bisherigen Erwägungen sind bei Hafer und Hülsenfrüchten dahingegangen, bestimmte Mengen im Wege der Landbelieferung zu erfassen, den Rest aber vollständig freizugeben. Eine auch nur bedingte Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung der Gerste ist zwar eingehend erwogen worden, steht aber nicht mehr in Frage, da unter den bestehenden Verhältnissen namentlich bei der Unsicherheit der ausländischen Zufuhr die Gerste für den Selbstversorgerbedarf, die Nahrungsmittelherstellung und Industriezwecke nicht erforderliche Gerste als Brotstreckungsmittel beansprucht werden müsse. Ausdrücklich müsse darauf hingewiesen werden, daß sich alle Maßnahmen, die vielleicht eine Erleichterung der Zwangswirtschaft mit sich bringen werden, ausschließlich auf Erzeugnisse der kommenden Ernte beziehen.

Alle zur Zeit vorhandenen Vorräte aus der Ernte 1918 sind nach wie vor der durch die Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 eingeführten Zwangsbewirtschaftung unterstellt, bleiben also beschlagnahmt und müssen, soweit sie nicht von Selbstversorgern auf Grund gesetzlicher Ermächtigung zurückbehalten werden dürfen, abgeliefert werden. Die Erfüllung dieser Ablieferungspflicht ist gerade besonders ein dringendes Gebot, damit auch für den Rest des Wirtschaftsjahres die Belieferung der Bedarfsbezirke mit Mehl und der gesamten Bevölkerung mit Nährmitteln keine Stockung erleidet.

Ueberreichung am Montag.

Paris, 14. Juni. (Havas.) Diplomatischer Bericht. Der Viererrat mit Sonnino beendete die Prüfung der letzten Berichte über die deutschen Gegenvorschläge. Eine Frist zur Annahme oder zur Verwerfung ist noch nicht festgelegt. Die Kommission zur Feststellung der Note hat den Text der Note, die sehr lang werden wird, beendet. Sie erinnert an die Grundsätze, auf die der Friedensvertrag aufgebaut ist und an die Unmöglichkeit einer durchgreifenden Aenderung desselben. Die Kommission hat auch den Text der Beschlüsse festgestellt, auf Grund deren 18 Sonderberichte über die deutschen Gegenvorschläge ausgearbeitet worden sind. Die Kommission hat am Freitag neun Berichte fertiggestellt und wird den 2. Teil, ebenfalls neun Berichte, am Sonnabend fertigstellen. Diese betreffen die Ostgrenze, die Kriegsgefangenen usw. Eine Einigung sei in der Frage der Wiedergutmachung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, der Frage von Elsaß-Lothringen, des Saarbeckens, der Besetzung des Rheingebiets usw. erzielt worden. Die Bewaffnungsfrage und die Frage des Schutzes der Minderheiten wurden ebenfalls berührt. Die Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge wird so fertiggestellt und in Druck gegeben werden, daß die Ueberreichung an die Deutschen Montag erfolgen kann. — Graf Brockdorff-Rantzau ersuchte um Bereitstellung eines Sonderzugs 18 Stunden nach Ueberreichung der Antwort. Der Sonderzug muß direkt nach Köln gehen.

Der Parteitag in Weimar.

5. Verhandlungstag.

Sonnabend den 14. Juni 1919.

Vorsitzender Schulz eröffnet die Sitzung. Eine große Zahl von Delegierten muß bereits abreisen. Die Bayern reisen heute mittag ab, da am Sonntag im ganzen Lande Gemeindewahlen stattfinden. Für die Vorstandswahlen sind vorgeschlagen Hermann Müller und Otto Wels als Vorsitzende, Friedrich Ebert und Otto Braun als Kassierer, Scheidemann, Molkenbuhr, Pfannkuch und Heinrich Schulz, Frau Juchacz, Ritter, Franke und Frau Ryneck als Beisitzer.

List, Hersfeld, führt Klage über das gestrige unwürdige Wettlaufen um einen Platz auf der Rednerliste. — Dr. Grelling, Göppingen, verlangt, daß der Opposition, auch wenn sie zahlenmäßig nur klein sei, Gelegenheit zur ausführlichen Gegenäußerung gegeben werde. Auf einen Anhänger der Regierungspolitik müsse immer ein Oppositionsredner folgen.

Löbe, Breslau: Wir müssen es ja mit einer organisierten Opposition zu tun haben. Einige Neulinge scheinen ganz entgegen den wirklichen Zuständen den Parteitag der geschlossenen Partei umfälschen zu wollen zu einem Parteitag der Uneinigkeit. (Stürm. Beifall.)

Schiffer, Hamburg: Ich gehöre auch zur Opposition. Aber ich kann meine Meinung auch ohne eine organisierte Oppositionspartei vertreten. (Beifall.)

Davidsohn: Dieser Parteitag bedeutet eine Epoche. Täglich geschehen Dinge, die den Wunsch nahelegen, Mehrheit und Minderheit einander öffentlich gegenüberzustellen, wo das Für und Wider ausgiebig erörtert wird.

Katzenstein: Die Redegelegenheit der Minderheit darf nicht beschränkt werden.

Röhl, Plauen: Wir müssen nach Hause, wir haben dringende Arbeiten zu erledigen. Gehen wir über dieses Gerede zur Tagesordnung über.

Vors. Schulz: Anträge sind nicht gestellt. Wir debattieren also nach der Reihenfolge.

Zur Beratung stehen zahlreiche Anträge über die Einheitsrepublik, über Beamtenfragen, über die doppelten Mandate, über Ernährung, Sozialgesetzgebung und die Sozialisierung.

Schönfelder, Hamburg: Die Erfolge der Fraktionsarbeit befriedigen nicht. Wo auch wir die Mehrheit haben, wie in Hamburg, legen uns die Verhältnisse Beschränkungen auf. Die Reichsverfassung und die Einzelstaaten können nicht hindern, auf dem Gebiet der Schule und Kirche weiter vorwärts zu kommen, als das allgemein möglich ist.

Michel, Rüstringen, fordert den Zusammenschluß Oldenburgs und Bremens und eine gute Ausnutzung des staatlichen Eigentums.

Wiesner, Hamburg, spricht über die organisierte Opposition. Sie treibe eine unwiderstehliche innere Ueberzeugung. Die formale Demokratie genüge nicht. Das Proletariat wolle seine Macht anwenden, um die Demokratie wirklich zu sichern. Die Rationierung müsse aufgehoben werden, da sie zusammenbrechen. Erfassung sei nur durch solidarische Haftbarmachung der Gemeinde möglich. Auf Nichtablieferung müsse Konfiskation des Grund und Bodens stehen, aber die realen Machtmittel seien schon den reaktionären Freiwilligen ausgeliefert. Heine und Noske könnten ruhig gehen. (Vereinzelter Beifall und starker Widerspruch.)

Wirtschaftsminister Wissell:

Wir haben die Erwartung des Volkes auf wirtschaftlichem Gebiet nicht erfüllt, deshalb geht ein Teil der Parteigenossen nach links ab. Die Nationalversammlung wird als Gegenstück zur Frankfurter Nationalversammlung von 1848 fortleben. (Hört! Hört!) Ich spreche hier nicht als Minister, sondern ganz offen als Parteigenosse zu euch. (Bravo!) Das Konferenzprogramm macht die Regierung in den entscheidenden Wirtschaftsfragen unfähig. (Hört! Hört! und Bewegung.) Die formale Demokratie hätte auch Prinz Max verwirklicht. (Sehr wahr! und Bewegung.) Die innere Anteilnahme der Bevölkerung an dem Verfassungswerk ist herzlich gering. (Sehr wahr!) Wir haben den instinktiven Drang des Volkes nach höheren Lebensformen nicht erfüllt. Es fehlt uns an dem Geist und Programm, mit dem wir Herz und Seele der Massen wecken könnten. (Lebhafter Beifall und Bewegung.) An Stelle der alten bureaukratisch militärischen Herrschaft ist eine andre mit wenig veränderten Formen getreten. (Hört! Hört!) Uns fehlt die innere Geschlossenheit, das Volk steht nicht geschlossen hinter dieser Regierung. Die Geschichte wird dereinst auch über uns in der Regierung, mich mit eingeschlossen, hart und bitter urteilen. (Große Bewegung.) Hinter den Kulissen tobt ein Kampf, von dem nur die wenigsten etwas ahnen. (Vielfaches Hört! Hört!) Immer höher flackert der Gegensatz zwischen Gemeinschaft und freiem Spiel der Kräfte. Nur unter dem Eindruck der Berliner Straßenkämpfe haben wir das Sozialisierungsgesetz durchgesetzt. (Vielfaches Hört! Hört!) Jetzt, nach dem Niederwerfen der Räterepublik, rüsten sich die Kapitalisten zu neuem Vorstoß. Der Kampf wird ihnen dadurch erleichtert, daß breite Massen der Arbeiterschaft vom Profitmachen angesteckt werden, weil sie im Sozialismus nur die ökonomische Besserstellung erblicken. (Lebhafter Beifall.) Wir selbst haben die tiefen sittlichen Grundsätze des Sozialismus nicht genug betont. (Sehr wahr.) Wir leiden unter der Nachwirkung der doppelten Moral, daß der Krieg, der so viele Hunderttausende in den Krieg geführt hat, für andre zu einer glänzenden geschäftlichen Konjunktur wurde. Trotz der Demoralisierung glaube ich an den guten Kern im deutschen Volke. Im Rheinland üben die Arbeiter deutsche Solidarität. Nur Kapitalisten schreiben Verrat. (Sehr wahr! und Bewegung.) Wir brauchen nicht nur eine politische, sondern auch

eine wirtschaftliche und geistige Revolution.

(Lebhafter Beifall und Bewegung.) Wer die Formulierung findet, die auch die geistigen und sittlichen Kräfte im Volke wirksam macht, fesselt uns an seine Fahnen. Die Unabhängigen umschmeicheln nur plump die Massen und schwindeln ihnen vor, daß die Diktatur des Proletariats alle Nöte überwinden werde. Sie haben niemals den Mut, dem Volke zu sagen, daß es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegen die Allgemeinheit gibt. (Stürmischer Beifall.) Und trotzdem liegt die Schuld an den Erfolgen der Unabhängigen auch bei uns. Auch wir haben dem Volke den Weg aus dem Wirrsal noch nicht gezeigt. Die Vollsozialisierung ist unmöglich, mindestens in der jetzigen Katastrophe. Die Sozialisierungskommission hat uns deswegen heftig angegriffen, aber jetzt schreibt Professor Lederer selbst: „Besser sollten sich einige Sozialisten in den Augen sachkundiger Literaten oder ungeduldiger Massen diskreditieren, als daß ein Mißerfolg der Idee schade.“ (Sehr wahr!) Wir haben keine Schritte getan, die für Deutschland verhängnisvoll geworden wären. Deutschland ist bettelarm geworden. Was wir jetzt auf Kredit an Lebensmitteln einführen, müssen wir an Waren bezahlen, die wir erst nächstes Jahr erarbeiten sollen. Auch mit dem Abschluß des Friedens wird es nicht besser werden. Es darf nicht weiter jeder aufgegebene Faust schalten und walten, wie er es für notwendig hält. Wir können nur existieren, wenn

die deutsche Wirtschaft planmäßig organisiert,

wenn nicht das Privatinteresse, sondern die Allgemeinheit ausschlaggebend wird. (Sehr wahr!) Wir müssen Gemeinwirtschaft treiben, wir wollen nicht die bureaukratische und polizeiliche Methode der Kriegswirtschaft. Dafür ist das Wirtschaftsleben ein viel zu nervöser und flüssiger Organismus. Wir wollen die Selbstverwaltung der Industrie, aber wir können nicht plötzlich die alten Fesseln lösen und einen wilden Wirrwarr entfesseln. Uns treibt keine Theorie, sondern die Erfüllung der aus dem Gebot der Not sich erhebenden Pflichten. Wir können in unsrer Not die Wirtschaftsbedürfnisse nicht durch das freie Spiel der Kräfte befriedigen lassen. Zeiten der Not sind Zeiten der Pflichtgebundenheit. (Sehr gut!) Das Wirtschaftsleben darf nicht dem Profitgeiste des einzelnen überantwortet bleiben, sondern muß den sittlichen Gesetzen unterstellt werden. Diesem Ziele strebe ich zu. Nur dafür führe ich das mir anvertraute Amt. Unser Programm der Gemeinwirtschaft wird in allen Parteien der Nationalversammlung Anhänger erwerben. Erhalten wir dafür keine Mehrheit, dann müssen wir die Verantwortung ablehnen. Nur so werden wir vor der Geschichte bestehen können, wenn wir uns der Aufgabe gewachsen gezeigt haben, die die höchste Not des Landes uns auferlegt hat. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vogel, Fürth: Wir konnten uns weder von den Friedensverhandlungen ausschalten lassen, noch die Verantwortung dafür allein übernehmen. Deshalb war die Koalition nötig. Könnte über die Nationalversammlung ausführlicher berichtet werden, würden die Arbeiter gerechter urteilen. Die staatlichen Zwerggebilde müssen endlich verschwinden.

Eggerstedt, Kiel: Wissells Rede war der Höhepunkt des Parteitags. Er hat gesagt, was die Massen bewegt, und hat unser Vertrauen.

David: Das Kabinett hat nie den geringsten Sozialisierungsversuch abgelehnt. Wissells Denkschrift ist im Kabinett noch gar nicht beraten worden. In die Oeffentlichkeit ist sie durch eine Indiskretion des Reichswirtschaftsamts gelangt. (Hört, hört!) Die Nationalversammlung hat eine ungeheure Leistung vollbracht. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn es uns gelingt, Deutschland völlig aus den zerrütteten Verhältnissen der Gegenwart zu retten, so haben wir gerecht-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190615/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG